

Pieper fordert weniger Türkeihilfe

Von Elmar Ries

Brüssel/Lotte. Der Europäische Rechnungshof hat die von der EU-Kommission mit Millionenbeträgen finanzierte „Heranführungshilfe für die Türkei“ kritisiert. In einem Bericht, der unserer Zeitung vorliegt, kritisiert der Hof, dass „die Hilfe nicht zielgerichtet genug war“ und die Projekte, die mit dem Geld finanziert wurden, nicht „mit konkreten und messbaren Zielen verknüpft“ und die „Fristen innerhalb derer die Ziele erreicht werden sollten, völlig unzureichend“ waren.

Für Dr. Markus Pieper, EU-Abgeordneter aus Lotte, leitet sich aus dieser inhaltlichen Kritik eine politische Forderung ab: Der CDU-Abgeordnete fordert eine Reduzierung der Gelder.

Seit 2002 finanziert die europäische Heranführungshilfe Projekte in der Türkei, die das Land bei seinen Bemühungen um den EU-Beitritt unterstützen sollen. Dafür erhöhte die EU die jährliche Ausstattung des Programms von 126 Millionen Euro im Jahr 2002 auf 463 Millionen Euro im Jahr 2006. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 sind für diese Hilfen laut Pieper insgesamt 4,8 Milliarden Euro vorgesehen.

Dass hier Geld verpulvert worden ist, sieht der Sprecher der EU-Kommission in Bonn, Steffen Schulz, so nicht. „Der Rechnungshof kritisiert die Hilfe, fordert aber keine Mittelkürzung“, sagte er. Natürlich seien bei der Vielzahl der Projekte auch Fehler gemacht worden. „Wir arbeiten sie aber kontinuierlich ab.“



Dr. Markus Pieper